Nummer 20. Köln, den 29. September 1906. 3. Jahrgang.

Schneider-Zeitung

Obligatorisches Organ des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen und verwandter Berufskollegen Deutschlands. Sitz Köln.

Erscheint alle 14 Tage. — Abonnementspreis vierteljährlich 65 Pfg. — Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.

Für Schriftleitung, Verlag und Expedition verantwortlich A. Schwarzmann, Köln. Moltkestr. 135.
Druck der Cöln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Klarastraße 11.

Insertionspreis: die 1-spaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg., bei mehrmaliger Wiederholung entsprechender Rabatt.

Kollegen! Agitiert allerorts für unsern Verband!

Partei und Gewerkschaften.

Die Ouvertüre zum Mannheimer Parteitag ist verklungen, die große Oper selbst hat begonnen. Schrille Dissonanzen haben aus diesem erbaulichen Vorspiel in reicher Talseinanderfolge herausgeklungen, die Verhältnisdiskussion und die „geheimen Beratungen" über den Massenstreik haben die Oeffentlichkeit in Atem gehalten und, was dankbar anerkannt werden muß, amüsiert. Eigentlich handelte es sich weniger um den Massenstreik als solchen, als vielmehr um eine prinzipielle Auseinandersetzung über die Stellung der Gewerkschaften zur Partei. Der Massenstreik war blos das Mittel zum Zweck.

Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften sind Opportunitätspolitiker, das bringt schon ihre gewerkschaftliche Tätigkeit mit sich. Als Opportunitätspolitiker aber sind sie den Radikalen in der Partei ein Greuel. Der Anhang der roten Rosa schaut mit Verachtung auf sie herab, die die Ideen des Sozialismus wohl im Herzen, aber nicht stets auf der Zunge tragen. Mit ihrer Zunge hat es überhaupt eine eigene Bewandtnis, die läßt sich gebrauchen, wie es der Augenblick erfordert, die bringt es sogar heut noch fertig, in der Agitation den sozialdemokratischen Gewerkschaften das arg verschlissene Neutralitätsmäntelchen umzuhängen. Opportunitätsgründe und die Rücksicht auf die Massen waren es, die die Herren veranlaßt haben, im Wonnemond des Vorjahres in Cöln die Generalstreikideen schlankweg zu verwerfen und den Generalstreik sogar als Generalunsinn zu bezeichnen.

Wenige Monate später war es in Jena auf dem sozialdemokratischen Parteitag, da sprach man wieder über den Generalstreik und man wartete dabei förmlich im Blute. Reden wurden da gehalten, Reden, die auch das Herz des Radikalsten erfreuen mußten. Man benutzte für die Massen ein neues Schlagwort, damit sie die ganze Oede und Unfruchtbarkeit der sozialdemokratischen „Arbeit" vergessen sollten im Ausblick auf eine neue Zeit Morgana. Und deshalb predigte man in Jena den Massenstreik, ein neues Bewegungsgesetz, Zugstück par excellence. Aber man hatte die Rechnung ohne den Wirt d. h. ohne die sozialdemokratischen Gewerkschaften gemacht. Sie standen auf ihrer Kölner Resolution fest und brachten so dem Parteivorstande, besonders dem greisen Patriarchen August Bebel, die arge Verlegenheit. Sie ersparten es ab, sich zu so gefahrvollen Experimenten gebrauchen zu lassen, indem sie rundweg erklärten, daß die Gegner nichts lieber sehen würden als den Zentrum von Ereignissen, die das Eingreifen der Staatsgewalt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln geradezu provozieren müßten.

Was tun? fragt Jesus. Man hielt eine Verständigung zwischen Parteivorstand und Generalkommission für notwendig und hielt zu diesem Zwecke am 16. d. M. eine geheime Sitzung, deren Resultat [illegible] in folgenden 2 Punkten zusammenfassen läßt: 1) der sozialdemokratische Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern es wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen. 2) Sollte trotzdem ein solcher Streik ausbrechen sollte, so wünscht er, daß der Streik allein geführt werden, die Gewerkschaften hätten sich nicht daran zu beteiligen. Diese „Vereinbarung" widersprechen zwar [illegible] in Jena aufgestellten, aber kommt [illegible] der Partei der Generalstreikgedanke nicht an. [illegible] aus dem Grunde, daß Protokoll über die [illegible] der großen Oeffentlichkeit [illegible] es kann der Partei nicht in [illegible] Nachbarn nicht [illegible] Generalkommission wurde die Einigung [illegible] Gewerkschaften, [illegible] Standpunkt. Das [illegible] Protokoll und [illegible] Generalkommission [illegible] „Vereinbarung" bei weitem Umfange preis.

Das Protokoll selbst ist eine äußerst wertvolle Waffe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften. Mit der „Neutralitätsphrase" ist es für letztere nunmehr endgültig vorbei. Die Herren haben sich hinter verschlossenen Türen gar keinen Zwang angetan, sondern forsch von der Leber weg geredet. Wenn es nochmals einem Genossen einfallen sollte, den sozialdemokratischen Charakter der „freien" Gewerkschaften zu leugnen, so antwortet man ihm einfach mit Dutzenden von Zitaten aus dem unbezahlbaren Protokoll. Wir werden in nächster Zeit eine kleine Sammelliese zum „täglichen Gebrauch" zum Besten geben. Heute sei nur auf eines hingewiesen: Durch die ganzen Verhandlungen zog sich wie ein roter Faden einerseits die Unzufriedenheit mit dem Doppelspiel des Parteivorstandes in Sachen des Massenstreiks und andererseits das aufrichtige Bemühen, zwischen Generalkommission und Parteivorstand ein zufriedenstellendes Verhältnis zu schaffen und damit ein „harmonisches Zusammenarbeiten" herbeizuführen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer fühlen es, daß sie von der Partei mit eisernen Armen umschlungen werden, daß ihre Ansichten bei den maßgebenden Faktoren und speziell bei den Theoretikern und Dogmatikern der Partei nichts gelten. Sie fühlen das Unwürdige einer derartigen Behandlung und würden sehr gerne eine Aenderung herbeiführen, aber sie sind ohnmächtig. In der sozialdemokratischen Tagespresse werden zumeist die radikalen Ansichten vertreten und dadurch erzieht man die Massen zum richtigen Zielbewußtsein. Die Gewerkschaftspresse dagegen ist auf die Massen einflußlos, sie hat auch bisher noch gar nicht den Versuch gemacht, dem Radikalismus und der Revolutionsromantik wirksam entgegenzutreten. Der Versuch wäre auch lediglich zeitvergeudende Sysiphusarbeit. So hängen in der Tat die Gewerkschaftsführer in der Luft. Die sozialdemokratische „Münchener Post" schlug aus diesem Dilemma einen Ausweg vor: Eine gemeinsame Leitung für die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften. Sie meint, dadurch würden innere Konflikte vermieden. Das Blatt irrt; auch wenn der Parteivorstand eine Reihe von Gewerkschaftsführern in seiner Mitte zählt, werden diese von den „Unentwegten" am Boden gehalten. Das Verhältnis wird sich für die Gewerkschaften dadurch nicht besser gestalten, denn man wird sie hernach noch mehr als jetzt für das volksfeindliche und staatsgefährdende Treiben der Partei verantwortlich machen. Der Sozialismus ist und bleibt ein Fremdkörper in praktischer Gewerkschaftsarbeit. Zu dieser Erkenntnis haben sich allerdings die Gewerkschaftsführer noch nicht aufschwingen können, sonst hätte nicht der Seemann Müller auf der angedeuteten Konferenz unter dem Beifall der Anwesenden sagen können: „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Partei und Gewerkschaften zwar nicht eins sind, wohl aber zwei unzertrennliche Machtfaktoren im proletarischen Klassenkampf und daß die eine ohne die andere nicht leben kann." Den Brei darauf mag sich jeder christliche Arbeiter selbst machen.

Berichtigung.

In Leitartikel der letzten Nummer: „Das Zentrum in der Zwickmühle" hat sich ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Es darf in der zweiten Spalte selbstverständlich nicht heißen: Daraus aber eine cochonte cardinale zu konstruieren . . . ." sondern: Daraus aber eine entente cordiale zu konstruieren . . . Der aufmerksame Leser wird den Fehler wohl selbst schon korrigiert haben.

„Dennoch"!

Die den gewerkschaftlichen Organisationen, vor allem den deutschen, innewohnende Tendenz, sich durch alle erdenklichen Schwierigkeiten zu einer immer machtvolleren Position hindurchzuringen, hat Werner Sombart einmalig recht treffend gekennzeichnet mit dem Wörtchen „Dennoch"! Tiefes „Dennoch" zeigt sich mit aller Deutlichkeit wieder in den Jahresberichten für 1906, welche die drei in wesentlichen in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen, die „roten", die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen, nunmehr haben erscheinen lassen und in denen sie hauptsächlich Aufschluß geben über Mitglieder und Kassenverhältnisse im abgelaufenen Jahre 1905. Ferner enthält der Jahresbericht der „freien" Gewerkschaften noch Mitteilungen über zwei weitere als Gewerkschaften anzusprechende Sonderverbände, die sogenannten lokalen Vereine, die anarchosozialistischen, wie sie neuerdings auch genannt werden und die unabhängigen Vereine, d. h. Organisationen, die keiner der Gruppen angehören, die eine gewerkschaftliche Landeszentrale haben. Die „freien" und christlichen Organisationen geben ihre Mitgliederzahlen im Jahresdurchschnitt wieder, die Hirsch-Dunckerschen verzeichnen die Endzahlen des Jahres, die Zahlen der beiden andern beruhen auf Schätzungen.

Dies zur Beleuchtung der Genauigkeit der Statistik vorausgeschickt, ergeben sich danach folgende Mitgliederverhältnisse für das Jahr 1905:

	Mitgliederzahl 1905.	Zunahme gegenüber d. Vorjahre
freie Gewerkschaften	1 344 845	202 695
christliche Gewerkschaften	265 832	57 548
Hirsch-Dunckersch. Vereine	142 967	5 298
lokale Vereine	27 796	7 950
unabhängige Vereine	67 457	—
zusammen	1 822 343	
1904	1 456 627	

Also weist das Jahr 1905 eine Gesamtzunahme von 366 718 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern auf. Erwägt man, daß allein die christlichen Gewerkschaften nach Mitteilungen auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß Ende des zweiten Quartals 1905 über 325 000 Mitglieder zählten, andererseits eine Reihe sozialdemokratischer Verbände, z. B. Metallarbeiter, Maurer, Fabrikarbeiter, eine zum Teil sehr große Mitgliederzunahme in der letzten Zeit aufzuweisen haben, so dürfte heute die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland mit reichlich zwei Millionen nicht zu gering angegeben sein. Eine genauere Berechnung der Zahl der organisationsfähigen Arbeiter zu den insgesamt heute vorhandenen, auf Grund der Gewerbe- und Berufszählung vom Jahre 1895 ist infolge der großen Verschiebungen in diesem Jahrzehnt nicht mehr möglich. Wenn jedoch die Generalkommission der freien Gewerkschaften schätzungsweise annimmt, daß heute noch nicht der vierte Teil der gesamten Arbeiterschaft in den „freien" Gewerkschaften organisiert ist, so dürfte in allen Organisationen höchstens etwas über ein Viertel der Gesamtzahl organisiert sein. Auffallend ist sowohl bei den „freien", wie bei den christl. Organisationen die Steigerung der Zahl der weiblichen Mitglieder der Verbände. Bei den „freien" Organisationen betrug letztere 1905 74 441 gegenüber 48 604 i. J. 1904, d. i. eine Zunahme um 25 807 = 53 Prozent. Bei den christlichen Organisationen ist die Verhältniszahl noch günstiger, nämlich 57,2 Prozent. Die Mitgliederzunahme beträgt hier 4 867; 1905 wurden nämlich 11 991 organisierte Arbeiterinnen gezählt, 1904 7 624. Das Verhältnis der Zahl der organisierten Arbeiterinnen zu den organisationsfähigen ist viel ungünstiger wie bei den männlichen Mitgliedern.

Die Finanzgebahrung sämtlicher Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1905 gestaltet sich folgendermaßen:

	Einnahmen.	Ausgaben.	Kassenbestand.
freie Gewerkschaften	27 812 257	25 024 284	17 635 850
christl. Gewerkschaften	2 674 190	2 328 554	1 523 214
Hirsch-Duncker. Vereine	1 336 651	1 170 219	3 497 069
insgesamt Mk.	31 823 098	28 418 907	24 656 133

Für die lokalen und unabhängigen Vereine liegen keine endgültigen Zahlen vor.

[illegible] Ausfall der [illegible] Organisationen und [illegible] Gewerkschaften [illegible] Regelung des [illegible] Es erübrigt nur noch über das [illegible] Organisationen zueinander [illegible] einige Worte zu sagen.

[illegible] Gewerkvereine haben ihre [illegible] mit einem Gefühl [illegible] der Generalkommission und [illegible] können, ohne ihnen [illegible] doch selbst ein Blatt wie [illegible] (Nr. 215 A), die ihrem po[illegible] zu [illegible] sie seien so [illegible] maßgebend für [illegible] der Gewerkschaften [illegible] Verhältnis zwischen den [illegible] den christl. Gewerkschaften sei.

[illegible] Blatt [illegible] Das bezeugt [illegible] der Bericht der Generalkommission [illegible] der christlichen Organisationen [illegible] Ausführungen [illegible] Gewerkvereine [illegible] Da nun die [illegible] nicht ableugnen [illegible] selbst der Bericht für den [illegible] Vermehrung der [illegible] von 16,58 Prozent gegen[illegible] von 27,64 Prozent [illegible] von 27,75 Prozent — so [illegible] gehässige Verkleinerung der [illegible] der [illegible] „vorzüglich funktionie[illegible] der Kirche" angedichtet, dem[illegible] welch ein[illegible] den freien Organisa[illegible] zur Verfügung [illegible] verhältnismäßig mit [illegible] Teil derselben aus[illegible] große Förderung die „freien" [illegible] durch innige Verbindung [illegible] Partei, die selbst ihre [illegible] als Agitatoren zur Verfü[illegible] wird absichtlich die Stoß[illegible] Alter einer Organi[illegible] so weit zurück[illegible] kann als eine andere. [illegible] das intensivere [illegible] „freien" Gewerkschaften hin[illegible] die eben in dem [illegible] Mitgliederzahl der „freien" [illegible]

[illegible] Schwierigkeiten von links [illegible] und Sozialdemokraten — [illegible] Kreise und Behörden — die [illegible] aus eigener Kraft: einen [illegible] Aufschwung genommen haben, [illegible] Gewerkschaften der Not gehorchend, [illegible] mit ihnen rechnen müssen, [illegible] die schäbigsten Mittel — [illegible] Sozialabtreibung — verfallen, [illegible] der christlichen Organisation [illegible] breite Erörterungen pflegen, [illegible] noch so viele gehässige Be[illegible] „Bruder in Christo" welche innere [illegible] christlichen Gewerkschaften innewohnt, [illegible] Zukunft weiter vorwärts treiben [illegible] wie die sonstigen Ausfüh[illegible] der Generalkommission ist die [illegible] Die Fortschritte der Zentralver[illegible] zweifelhaft erscheinen, daß das [illegible] lang den „freien" Gewerkschaften [illegible] wenn man vorher liest, [illegible] selbst auch nicht einmal [illegible] der organisationsfähigen Arbeiter [illegible] Den christlichen Gewerkschaften [illegible] „Feld" über, sodaß man die [illegible] großsprecherischen Finale des Be[illegible]

[illegible] kann es keinem Zweifel unter[illegible] von Jahr zu Jahr zunehmenden ge[illegible] Organisationen eine gewaltige Kraft [illegible] auf die Entwickelung unserer [illegible] Verhältnisse — jede Stunde zeigt es ja — einen [illegible] Einfluß ausüben. Erfreulicher Weise haben aber auch die Arbeitgeberverbände an äußerem Umfang sowohl als bezl. ihrer finanziellen und taktischen Ausgestaltung im abgelaufenen Jahre zugenommen [illegible] ist eine weitere günstige Fortentwicklung zu wünschen bis zu dem Grade, daß sich einmal beide Organisationen als gleich machtvolle, sich gegenseitig anerkennende und achtende Gebilde gegenüberstehen. Erst dann wird der soziale Friede näher gerückt sein, dessen Dokumente heißen gewerbliche Tarifverträge!

Sozialdemokratische Ehrenrettung. Durch die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftspresse zirkuliert gegenwärtig eine „Ehrenerklärung", welche sich der Vertrauensmann des soz. Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverbandes, Herr Schneider in Meißen, von einem Mitglied des christl. Keramarbeiterverband, E. Richter, auf nicht einwandsfreie Weise verschafft hat. Bei Gelegenheit des Streiks in der Ton- und Ofenfabrik in Buchbad hatte sich durch den überraschend schnellen Abbruch des Streiks das Gerücht verbreitet, Schneider hatte sich vom Fabrikanten abschmieren lassen. Richter plauderte dies nach und wurde dafür von Herrn Schneider vor den Schiedsrichter zitiert. Dieser bedeutete dem Kollegen, er sollte sich einigen, denn auf diesen Fall käme ein Monat Strafe!

Der dadurch geängstigte Richter verpflichtete sich, eine diesbezügliche Erklärung im „Volksfreund" und „Meißner Tageblatt" abzugeben. Darauf wurde er in das Büro des soz. Fabrik- und Hilfsarbeiterverbandes eingeladen, wo ihm Herr Schneider ein selbstgeschriebenes Schriftstück zur Unterschrift vorlegte mit dem Bemerken: „Mit einer einfachen Erklärung sei er (Schneider) nicht zufrieden." Das famose Schriftstück liegt uns im Original vor und enthält neben der üblichen Zurücknahme der gemachten Aeußerung und einer demütigenden Abbitte noch folgenden Zusatz: „Ich erkläre ferner, daß ich die Behauptung verbreitet habe, um die freien Gewerkschaften in Mißkredit zu setzen und für die Christlichen Propaganda zu machen." — Obwohl Richter vor dem Schiedsrichter ausdrücklich erklärte: „Er hätte sich bei der Verbreitung dieser Gerüchte vom abschmieren nichts weiter gedacht, weil es Ortsgespräch gewesen sei, mutet ihm der sozialdemokratische Vertrauensmann Herr Schneider in Meißen zu, eine bewußte Unwahrheit mit seinem Namen zu decken! — Richter sah sich vor die Wahl gestellt, einen Monat Strafe zu tragen oder zu unterschreiben, was auf dem Papier stand, — er tat letzteres. Mit einer auf solche Weise zustande gekommenen „Ehrenerklärung", die durch die begleitenden Umstände einer Erpressung nicht unähnlich ist, gehen die Sozialdemokraten hausieren, um die christlichen Gewerkschaften, besonders den Keramarbeiterverband, zu verdächtigen und sie als christliche Verleumder zu brandmarken. Eine solche Handlungsweise muß niedriger gehängt werden. Bei dieser Gelegenheit verdient auch das Verhalten des Genossen Schneider bei der Lohnbewegung in den Ton- und Ofenfabriken in Meißen hervorgehoben zu werden. Bei den der Bewegung vorhergehenden Versammlungen war es ein besonders beliebtes Agitationsmittel des Genossen Schneider, die Anwesenden darauf hinzuweisen, sie sollten nur nicht zu den Christlichen gehen, diese hätten kein Geld und seien nur Streikbrecher, — die Unorganisierten würden beim Streik mit unterstützt. Da brach plötzlich in Buchbad der Streik aus. Genosse Schneider lief sich bald die Beine weg um den Streik beizulegen und unterhandelte stundenlang im Betriebsbureau. Nach 4tägigem Kampf bewilligte die Firma 25 Pfg. Stundenlohn, gefordert wurden 26 Pfg., vorher bezahlt 24 Pfg. pro Stunde. Schneider war über diesen Pfennigsieg so entzückt, daß er sogar vergaß, den Tarif unterschreiben zu lassen. Den Streikenden erklärte Schneider, daß er [illegible] Einblick in die Verhältnisse des Betriebes gemacht habe und zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß ein längerer Streik für die Arbeiter schlimme Folgen haben könnte und aus diesem Grunde der Streik abgebrochen werden müsse, es wäre etwas erreicht, mehr könne nicht gegeben werden. Ferner sagte er wörtlich: „Meine Herren, es ist keine Kleinigkeit, 48 Unorganisierte zu unterstützen". In einer Versammlung der Christlichen bemerkte Schneider: „Hätten sie (die Christlichen) damals die Hälfte dieser 48 während dem Streik unterstützt, dann hätten wir den Kampf auch weiter durchführen können. Also erst verspricht man den Nichtorganisierten Unterstützung, warnt vor den Christlichen, weil sie kein Geld haben, leitet selbständig die Bewegung ein, — und hernach sollten die Christlichen, die beim Streik wacker mitgekämpft haben, die Unorganisierten unterstützen helfen, — einem Verband, der über 100 000 Mitglieder zählt. Das Eine dürfte feststehen: Entweder war Geldmangel die Ursache des schnellen Abbruch des Streiks, oder, wie das Gerücht lautet, der von der Firma dem Herrn Schneider gespendete Schinken! Wir vermuten Ersteres, denn der glorreiche Fabrik- und Hilfsarbeiterverband hat schon öfters auf's Zahlen der Streikunterstützung vergessen z. B. in Annweiler, wo die Streikenden sogar zum Parteihäuptling Bebel Zuflucht nehmen mußten, um Geld zu bekommen; ähnlich liegen die Dinge beim Streik der Gummiarbeiter in Mannheim. Dieser Verband kann sicher nicht mehr in Mißkredit kommen, als er es durch seine arbeiterschädigende Taktik schon ist und deshalb wurde der Angriff der sozialdemokratischen Presse gegen die Christlichen veranstaltet, um das gesunkene Renommee wieder zu heben. Die Ehre des „roten" Schneiders ist gerettet!

Freiheit, die ich meine.

In Breslau liegen sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften in den Haaren. Eine Anzahl Mitglieder des „freien" Bauhilfsarbeiterverbandes hat diesem den Rücken gekehrt und eine neue, „lokalistische" Organisation, die „Freie Vereinigung" gegründet. Darob fliegt nun ein wahrer Steinhagel zwischen den zwei feindlichen Brüdern hin und her. Wie das gewöhnlich so geht, wenn zwei in Streit geraten und das Blut zu Kopfe steigt: Sie machen aus ihrem Herzen keine Mördergrube mehr, sondern werfen sich die geheimsten Sünden gegenseitig an den Kopf. Die „Freie Vereinigung" behauptete, der alte Verband hätte Tausende von Mitgliedern, die nur zwangsweise der Organisation angehörten. Darauf spielt nun der alte Verband den gleichen Trumpf aus und sagt: Was ihr sagt, das stimmt; aber alle, die ihr uns weg geschnappt habt, waren gerade solche [illegible] Zwangsmitglieder. Wörtlich heißt es in der [illegible] des Bauhilfsarbeiter-Verbandes:

„Betreffs der Behauptung, daß die Mitglieder der Freien Vereinigung im Innern besser organisiert sind als Tausende Zwangsmitglieder der Zentralorganisationen hätten wir zu bemerken, daß alle Bauarbeiter, die sich jetzt der Freien Vereinigung angeschlossen haben, bei uns nur Zwangsmitglieder waren, und wir begründen das damit, daß diese Leute [illegible] durch unsere Baudelegierten zwangsweise drei oder vier mal in die Organisation hineingetrieben worden sind. Ferner haben wir die Ueberzeugung, daß alle diejenigen Mitglieder der Freien Vereinigung, die in der sozialdemokratischen Partei Mitglieder sein sollten, ebenfalls nur aus Zwang dort organisiert, aber niemals aus Ueberzeugung Sozialdemokraten sind."

Das ist ja immer nur Zwang und abermals Zwang! Das ist in der Tat nicht sehr weit entfernt von Gemeinfährlichkeit. Es geht doch in Wahrheit nichts über sozialdemokratische Freiheit! Vorgänge, wie die hier gekennzeichneten, empfehlen wir zur besonderen Beachtung namentlich den Herren „nach links herunter", die in ihrer Verblendung noch immer in der Sozialdemokratie die Auferstehung der eigentlichen Freiheitsgöttin erwarten.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! wahrt euch durch pünktliche Beitragszahlung eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstande befindet, hat keinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 37. Wochenbeitrag fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Bekanntmachung.

Nachdem die Zahlstelle Cöln in ihrer Versammlung vom 11 Sept. die Neuwahl zum Zentralvorstand vorgenommen hat, besteht derselbe nunmehr aus den Kollegen: A. Schwarzmann Cöln 1. Vors. E. Hartwig Hagen, 2. Vors. G. Flintrop Düsseldorf, J. Günnewig Essen, W. Quinius, M. Gladbach J. Große—Kracht, A. Haußler u. J. Plechmann Cöln Beisitzer.

Zum Kassierer bestimmte der Zentralvorstand in seiner Sitzung vom 15 Sept. den Kollegen J. Plechmann und zum Schriftführer Kollegen Große—Kracht beide in Cöln. Ferner beschloß der Zentralvorstand im Interesse einer glatten Abwickelung der Verbandsgeschäfte die Geschäftsführung des Verbandes zu zentralisieren. Es sind demnach alle dem Verbande betreffenden Sendungen, auch Abrechnungen und Geldsendungen an die Geschäftsstelle des Verbandes [illegible]straße 135 unter Beifügung der persönlichen Adresse des Vorsitzenden Kollegen Schwarzmann zu richten. Wir bitten, letzteres zu beachten, da seitens der Post beim Fehlen der persönlichen Adresse besonders Wertsendungen nicht ausgehändigt werden, sondern als unbestellbar zurückgehen.

Der Zentralvorstand.
J. A. Schwarzmann.

Mit 1. Oktober tritt laut Beschluß der Generalversammlung die Beitragserhöhung in Kraft. Es haben demnach von der 40. Beitragswoche ab zu leisten, alle dem Verbande angehörenden Wohlschneider und die Konfektionsschneider in den Städten 35 Pfg., [illegible] bezirken 25 Pfg. und die Kolleginnen und Kollegen [illegible] 15 Pfg. [illegible] daß der Verband durch einstimmigen Generalversammlungsbeschluß sich aufzuerlegen [illegible] Denkt zurück an die Kämpfe der beiden letzten Jahre und an die Erfolge, welche der Verband [illegible] errungen hat. Denkt ferner an die großen wirtschaftlichen Aufgaben die ihrer Lösung [illegible] nur kurz auf die immer mächtiger [illegible] Konfektionsarbeiterbewegung verweisen [illegible] sichtlich in der nächsten Zeit [illegible] dann werdet ihr das kleine Opfer [illegible] Zeigt durch eure Opferwilligkeit [illegible] an dem Verbande, daß Solidarität in der christlichen Arbeiterbewegung kein leeres Wort ist.

Der heutigen Zeitungssendung liegen die Beitragsmarken, die Abrechnungsformulare für das 3. Quartal und die Reiselegitimationen bei. Sollte bei irgend einer Sendung [illegible] so bitten wir um sofortige [illegible] rückständigen Beiträge [illegible] Marken an die [illegible] Extrabeitragsmarken [illegible] marken.

Für neu aufgenommene Mitglieder [illegible] Stelle der Mitgliedsbücher [illegible] Karten. [illegible] nur [illegible] dem Verbande [illegible] Wochenbeiträge [illegible] und daher ihnen [illegible] mitteilen.

[illegible]

[illegible] bisher, damit nicht Fälle vorkommen, wie in jüngster Zeit, daß Auszahlungen weit über den statutgemäßen Betrag gemacht werden.

Jedem sich abmeldenden Mitgliede ist die Abmeldung in das Mitgliedsbuch oder die Mitgliedskarte zu bescheinigen. Bei der Abmeldung ist jedem unterstützungsberechtigten Mitgliede, sofern es mit seinen Beiträgen nicht im Rückstande ist, oder ihm dieselben gestundet sind, eine Reiselegitimation auszuhändigen. In diese ist einzutragen: 1. Am Orte der Abmeldung: Name und Buchnummer des Mitgliedes, wo und wann abgemeldet, sodann der auf die Beitragsklasse, der das Mitglied angehört, entfallende Höchstbetrag der Reiseunterstützung und Stempel;

2. Am Orte, wo Unterstützung erhoben wird, ist in die vorgezeigte Legitimationskarte einzutragen: der Ort, wo die Unterstützung erhoben wird, die Kilometerzahl, der gezahlte Betrag und der verbleibende Restbetrag; sodann Ort und Datum der Auszahlung, Unterschrift des Auszahlers, Unterschrift des Empfängers und Stempel. Die so ausgefüllte und unterschriebene Reiselegitimation bleibt am Orte als Beleg und ist bei der Quartalsabrechnung an die Zentrale mit einzusenden. Das Mitglied erhält eine neue Reiselegitimation ausgestellt, in welche wieder Name und Buchnummer, wo und wann durchgereist und der noch zu erhebende Restbetrag einzutragen ist. Bei der nächsten Zahlstelle, an der das Mitglied vorspricht, ist wie unter 2 angegeben zu verfahren. Hat das Mitglied die Gesamtsumme bezogen, so daß ein Restbetrag nicht mehr verbleibt, so darf eine Reiselegitimation nicht mehr verabfolgt werden. Die ausbezahlte Reiseunterstützung ist wie bisher auch in das Mitgliedsbuch einzutragen.

Die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages erhielten die Zahlstellen: Oldenburg von monatlich 10 Pfg., Mainz von wöchentlich 5 Pfg., Hamburg von wöchentlich 15 Pfg., Elberfeld für männliche Mitglieder von wöchentlich 5 Pfg., für weibl. Mitglieder 14tägig 5 Pfg. und Darmstadt von wöchentl. 5 Pfg.

Mainz. Wir machen die Kollegen aufmerksam, daß in unserer Zahlstelle ein Unterrichtskursus im Zuschneiden erteilt wird, und ist noch all denjenigen Gelegenheit geboten, die sich daran beteiligen wollen bis zum 2. Oktober in unserer Vereinsversammlung beim Vorsitzenden Dörsam anzumelden. Die Unterrichtsstunden sind für Sonntagnachmittag und Montagabend festgesetzt und der Kostenpunkt ist nur sehr mäßig, sodaß sich ein Jeder daran beteiligen kann. Ferner machen wir noch die Kollegen aufmerksam, daß sich der Arbeitsnachweis für Schneider Carmelitenstraße No. 5, beim Kollegen Webel, befindet.

Baden-Baden. Obwohl schon eine geraume Zeit verstrichen, daß aus der Zahlstelle heraus ein Bericht an die Schneiderzeitung abgegangen ist und es den Anschein hat als ob wir schlafen, hat sie doch dieses Jahr schon sehr viel geleistet und wir fühlen uns veranlaßt, einen kurzen Bericht über vergangene Tage erscheinen zu lassen.

Die dieses Frühjahr geführten Lohnbewegungen der Schneider und Schneiderinnen sind ohne erhebliche Schwierigkeiten und mit dem guten Erfolg für die Kollegen und Kolleginnen verlaufen, desto schwieriger gestaltete sich die in letzter Zeit aufgenommene Bewegung der Büglerinnen, welches seinen Grund darin finden dürfte, daß die Zeit schon ein wenig vorgeschritten war, wir aber nicht früher anfangen konnten, weil die Büglerinnen eben zu spät in unsere Organisation gekommen sind. Es wurden in einigen Geschäften 20 % [illegible] auf den gewöhnlichen Arbeitslohn, Kürzung der Arbeitszeit um eine Stunde, Freigabe der Mittagsstunde (die meisten hatten bei 14stündiger Arbeitszeit nicht einmal Mittagspause) Erhöhung der [illegible] von 15 auf 20 Pfg. erreicht. Wohl wurde [illegible] nicht in allen Geschäften erreicht, weil eben die [illegible] der [illegible] Geschäfte sich nicht bewogen fühlten, sich unserem Verbande anzuschließen, [illegible] Winter über nach, dann [illegible] für sie was tun, oder [illegible] in ihren [illegible] Verhältnissen so weiter leben? [illegible] daß viele jede Nacht bis 2 [illegible] arbeiten müssen, pro Ueberstunde für 15 Pf. [illegible]

[illegible]

die Versammlungen nicht mehr notwendig haben? Es genügt nicht, wenn man seine Beiträge zahlt, sondern man hat auch die Pflicht, die Versammlungen zu besuchen, um mitzuarbeiten an der Lösung der sozialen Fragen. Nächste Versammlung findet am 1. Oktober im Schützenhofe statt und dann alle 14 Tage. Darum, Kolleginnen, nächste Versammlung alle vollzählig zur Stelle, da wichtige Fragen betreffs der Kolleginnen auf der Tagesordnung stehen.

F . . . r.

Achtung Kollegen!

Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Friseur Burkhardt, Schloßstraße 1. Daselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Wenn Kollegen nach Baden zureisen, mögen sie sich dort vorstellen, bei brieflicher Anfrage ist Rückporto beizuliegen.

Düsseldorf. Am 28. August fand im Paulushaus eine außerordentliche Generalversammlung statt, welche sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen hatte. Herr Arbeitersekretär Mayer sprach über die Notwendigkeit und Bedeutung der christl. Gewerkschaften in ausführlicher Weise. Unter anderem hob er die große Pflicht die jeder Arbeiter habe sich einer Berufsorganisation anzuschließen hervor, da es heute nur mehr durch den Zusammenschluß möglich sei, seine Arbeiterinteressen wahrzunehmen und seine Lage menschenwürdig zu gestalten. Nicht nur in der Industrie und dem Handel, sondern auch im Handwerk macht sich der Großbetrieb breit, und immer mehr schließt sich der Kapitalismus zusammen, dessen Brutalität uns zum Kampfe fordert, den wir aber nur mit Hilfe aller Berufskollegen siegreich führen können. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß am 1. Februar 1907 unser Tarif abläuft. Da derselbe, auch in Rücksicht auf die fortwährende Steigerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse sehr verbesserungsbedürftig ist, sei es an der Zeit, die große indifferente Masse der Schneider Düsseldorfs aufzurütteln und für unsere Sache zu gewinnen. Eine Kommission wurde beauftragt die nötigen Vorarbeiten einzuleiten und eine energische Agitation zu entfalten. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, die späteren Versammlungen ebenso zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Wiesbaden. Den Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle zur Kenntnisnahme, daß in der am 8. d. Mts. stattgehabten Mitgliederversammlung beschlossen wurde für diesen Winter einen Zuschneidekursus abzuhalten. Zur Leitung desselben ist ein Kollege unserer Zahlstelle, der eine akademische Ausbildung genossen und eine mehrjährige Praxis hinter sich hat, gewonnen. Da betr. Kollege die Leitung lediglich im Interesse unserer Zahlstelle übernommen hat, ist daß Honorar ein sehr mäßiges und wäre zu wünschen, daß die Beteiligung eine recht starke wird, und der Zahlstelle auch hierdurch neue Mitglieder zugeführt werden. Anmeldungen werden noch in der nächsten Mitgliederversammlung entgegen genommen, wozu auch indifferente Kollegen freundl. eingeladen sind.

Viersen. Am Montag den 17. Sept. fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, bei der Wichtigkeit der Tagesordnung währe jedoch vollzähliches Erscheinen der Mitglieder erwünscht gewesen. Einleitend begrüßte der Vorsitzende die erschienenen Mitglieder und den als Referenten erschienenen Kollegen Quinius M. Gladbach und gab bekannt, das in letzter Zeit in Bezug auf Einhaltung der Tarife Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Es dürfe nicht vorkommen, daß ein Kollege unter Tarif arbeite, jede Zumutung seitens der Arbeitgeber an die Kollegen, unter Tarif zu arbeiten, müssen entschieden zurückgewiesen werden. Dies kommt nicht vor, wenn die Kollegen nach wie vor, fest und treu zur Organisation stehen, die Versammlungen fleißig besuchen und sich gegenseitig aufklären. Sodann erstattete Kollege Quinius Bericht über die Generalversammlung und begründete besonders eingehend die beschlossene Beitragserhöhung, die Kollegen ermahnend, das kleine Opfer zum Wohle und Nutzen des einzelnen wie der Gesammtheit zu bringen, was jeder gute Gewerkschaftler mit Freuden täte. Sodann wurden noch einige Punkte der Tagesordnung erledigt und die Versammlung geschlossen.

Soziales und Allgemeines.

Die 53. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, welche in der Zeit vom 20. bis 24. August in der Zentrale des rheinisch-westfälischen Ruhrgebietes, in Essen, tagte, hat eine Reihe sozialpolitisch wichtiger Anträge angenommen, von denen wir nur zwei als von eminent wichtiger Bedeutung anführen wollen. Der eine betrifft die Verhältnisse der Heimarbeiter und lautet:

1. In Anbetracht der traurigen wirtschaftlichen und sozialen Lage zahlreicher Heimarbeiter und -arbeiterinnen, wie sie neuerdings durch die deutsche Heimarbeitausstellung in Berlin wieder klargestellt ist, in Anbetracht ferner der drohenden gesundheitlichen Schädigung weiter Kreise von Konsumenten durch Heimarbeitsprodukte hält die 53. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands eine Reform der Arbeiterverhältnisse in der Hausindustrie für eine der dringendsten sozialpolitischen Aufgaben der Gegenwart.

2. Die Generalversammlung begrüßt daher den Antrag der bürgerlichen Parteien des Reichstags (Antrag Dr. Hitze und Genossen), der einen gesetzlichen Schutz der Heimarbeiter anstrebt, und erhofft ein baldiges diesem Antrage entsprechendes Gesetz.

3. Sie erachtet aber auch [illegible] Selbsthilfe der Heimarbeiterschaft abzielenden beruflichen Organisationen für wichtig und empfiehlt allen beteiligten Kreisen, insbesondere den [illegible] Konsumentenvereinigungen, diese nach Kräften zu [illegible] und zu unterstützen.

4. Endlich erachtet [illegible] Grundlage beruhenden Bestrebungen zur sittlichen und sozialen Hebung der Heimarbeiterschaft [illegible] Vereinigungen) bedeutungsvoll [illegible] Generalversammlung empfiehlt daher auch [illegible] Unterstützung.

Der andere befaßt sich mit dem Tarifvertragswesen und hat folgenden Wortlaut:

Die 53. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erblickt in dem Abschluß von langfristigen Tarifverträgen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bezw. den beiderseitigen Organisationen eine den veränderten Wirtschaftsverhältnissen entsprechende Neuerung des Arbeitsvertrages, welche im wohlverstandenen Interesse beider Kontrahenten [illegible] liegt. Insbesondere ist durch Einrichtung von Tarifschiedsgerichten oder Einigungsämtern, wie dies zur Zeit für das Bau- und [illegible] des rheinisch-westfälischen Industriebezirks mit dem Sitz in Essen unter Leitung eines [illegible] Arbeitgeber und Besitzer geschehen ist, dessen Tätigkeit schon segensreiche Wirkungen aufweist, die Möglichkeit gegeben, entstehende Differenzen friedlich beizulegen und die das Gewerbe sowohl wie die beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber schwer schädigenden Streiks und Aussperrungen einzuschränken oder zu verhindern. Die Generalversammlung empfiehlt daher Arbeitern und Arbeitgebern, sich zu der vom Geist der Gerechtigkeit und Versöhnung getragenen [illegible] Regelung der Arbeitsverhältnisse die Hände zu reichen.

Eine wichtige Entscheidung hat am [illegible] Juli der sechste Zivilsenat des Reichsgerichts dadurch gefällt, daß er den Boykott als ein gewerkschaftliches Kampfmittel anerkannt hat. Er hat dabei folgende Grundsätze für seine Entscheidungen als leitend bezeichnet:

1. Boykott oder Streik im Lohnkampf sind nicht rechtswidrig. Die Unternehmer können Ersatz der Verluste, welche sie infolge derselben erlitten haben, nicht verlangen.

2. Darin, daß ein Verein von Arbeitnehmern, der in einen Lohnkampf zur Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten ist, in Gemäßheit seiner Satzungen denjenigen seiner Mitglieder, die sich am Kampfe nicht beteiligen wollen, lediglich den Verlust ihrer Mitgliedschaft in Aussicht stellt, ist eine „Drohung“ im Sinne des § 1[illegible] der Gewerbeordnung nicht zu finden.

3. Es ist keine durch § 153 der Gewerbeordnung verbotene Drohung, wenn die Partei, welche durch an sich erlaubte Kampfmittel günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen strebt, den Gegnern die bevorstehende Anwendung dieser Kampfmittel ankündigt und dadurch auf deren Entschließung über die Streitfragen einzuwirken sucht.

4. Es verstößt nicht gegen die guten Sitten, wenn Arbeitnehmer zur Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Beseitigung von Zuständen und Einrichtungen, durch welche sie sich beschwert fühlen, die Mitwirkung weiter Kreise des Publikums durch die Presse oder durch Flugblätter anrufen.

Diese wichtige Entscheidung ist die Folge einer Klage der Kieler Bäckermeister gegen die Gesellenorganisation. Die letztere hatte als Mittel eine Lohnbewegung durchzuführen, einen Boykott angeordnet. Die gefallene Entscheidung ist ohne Frage auch von großer Bedeutung im allgemeinen gewerkschaftlichen Kampf.

Holländische Heimarbeitsausstellung. Auch in den Niederlanden plant man, um den Kampf gegen die schwersten Schäden der Hausindustrie wirksamer zu gestalten, die Ausstellung einer Heimarbeitsausstellung. Die Anregung dazu geht von dem Allg. Nederlandschen Werkliedenverband aus, der ein interkonfessionelles Komitee ins Leben gerufen hat. Dieses will eine Kommission zur Leitung der Ausstellung gebildet sehen, in der alle Klassen der Gesellschaft und alle mit Hausindustrie irgendwie in Beziehung stehenden Verbände vertreten sein sollen. Es haben sich dabei unliebsame Meinungsverschiedenheiten ergeben, die sozialdemokratische Arbeiterpartei glaubte die Leitung der Ausstellung ausschließlich für sich in Anspruch nehmen zu sollen, die kath. Gewerkschaften glaubten sich zurückgesetzt zu sehen und durch alle diese Zwistigkeiten wird die Ausführung des Planes eher in Frage gestellt als gefördert.

Die Ausstellung hat den Zweck, die öffentliche Meinung auf die bestehenden Mißstände aufmerksam zu machen. Zwar besteht in den Niederlanden ein Verbot jeglicher Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren, auch kann die Regierung weiblichen und jugendlichen Arbeitern die Vornahme gewisser Arbeiten untersagen, doch sind diese Gesetze zum Teil selbst unzureichend, zum Teil genügt die Aufsicht über die Befolgung der Vorschriften nicht den Verhältnissen der Hausindustrie. Das „Soziaal Weekblad“ wünscht vor allem in folgenden Punkten energische Reformen:

1. Aufstellung hygienischer Vorschriften für die Werkstätten der Heimarbeiter, 2. Verbot der gleichzeitigen Benutzung von Räumen zu Schlaf- und Arbeitszwecken; 3. Ausdehnung der Verantwortlichkeit des Arbeitgebers für Gesetzesübertretungen; 4. Verbot der Verfertigung gewisser Artikel in der Hausindustrie. Daneben wünscht es die Arbeitsinspektion zu einer wirksamern zu machen und zwar einmal durch genaue Registrierung aller

[illegible] die Verrichtung ge-
[illegible] Bannware von Erteilung
[illegible] gemacht
(Soz. Praxis.)

[illegible] eines sozialdemokratischen Kriegs-
[illegible] schatzes [illegible] die bekannt-
[illegible] der Zeitungsartikel nur bei
[illegible] zu finden ist, zu wecken
[illegible] Verbreitung zu bringen, fand
[illegible] zu Worte der erste gewerk-
[illegible] as [illegible] Vorwärts Kriegs-
[illegible] statt, der am 17. September endete.
[illegible] faßt 11 Punkte, von welchen
[illegible] Gewerkschaften (Vorträgen
[illegible] Vorträge und 4 Diskussions-
[illegible] (Gewerkschaftliche Literatur,
[illegible] Vorträge und zwei
[illegible] besonders eingehendes Studium
[illegible] des freien Stenographenvereins
[illegible] Redakteur [illegible] Kurzschriftlehrer war, legt
[illegible] 38 vom 28. September 1906
[illegible] sein „Zeugnis" im Geistes-
[illegible] die christlichen Gewerkschaften durch den
[illegible] Kurzschrift gemacht hat. Das Blatt widmet
[illegible] Rubrik „christliche Moral und Maul-
[illegible] den Vorträgen des christlichen Hilfs-
[illegible] und [illegible] Vereins einen zwei Spalten langen
[illegible] Stichworte

[illegible] der Christlichen, Dummheit
[illegible] und [illegible] Verfressenheit, Tintenkuli,
[illegible] Lügenbeutel,
[illegible] mit seinen stereotypen

[illegible] Intelligenz trie-
[illegible] sondern es folgt
[illegible] Eingang findet:
[illegible] gehässig, grobes,
[illegible] es,
[illegible] Ausdruck,
[illegible] Sie [illegible] eine Dame so wütend?
[illegible] am [illegible] Schenkel,
[illegible] Schwindelanfall,
[illegible] Weiterarbeite
[illegible] Schmeißen nach Dutzende
[illegible] die Leiter Umbreit und
[illegible] Einsendungen eines Blattes,
[illegible] Leipziger Schüler war,
[illegible] wie [illegible] Den christlichen
[illegible] [illegible] wird der dienlich sein.
[illegible] Saffenbach und Umbreit
[illegible] Lehrgang ihres Unterrichts haben

Gewerkschaftliches.

Der Zentral-Verband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen für die graphischen Gewerbe und der Papierbranche [illegible] 10. und 11. September in Köln seine erste [illegible] abhielt. Derselbe besteht seit 1. Juli [illegible] und hat Aufnahmen von 176 auf [illegible] gebracht. Davon traten 300 Mitglieder von anderen [illegible] über, 300 traten aus, so daß jetzt noch [illegible] verbleiben.

Die Einnahmen betrugen bis heute 21 000 Mk.,
" Ausgaben " 15 000 "
Die Kassenbestände werden 1969,35 Mk. betragen.

Es wurde [illegible] der Generalversammlung eine [illegible] der Statuten vorgenommen, [illegible] eingeführt und bis zur Höhe von 10 Pfg. der Beiträge [illegible] Verbrauch. Die Unterstützungsgelder [illegible] werden dementsprechend gezahlt.

Der [illegible] Beitrag trat freiwillig zurück und [illegible] Redaktion gewählt.

Für [illegible] Referat Richard Schwarz wurde [illegible] gewählt.

Im [illegible] Verband bereits in 53 Städten [illegible] 12 Vertrauensmännerschaften und [illegible] Einzelmitgliedern vertreten ist, [illegible] weiteren günstigen Entwicklung. [illegible] dem Hinweis auf die Neugestaltung der Statuten nichts im Wege stehen.

Der Verbandssitz befindet vorläufig: Köln-Ehrenfeld, Lichendorffstraße 50.

Was ist eine „Maßregelung"? Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts beschäftigte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit einer Frage von hoher grundsätzlicher Bedeutung für das gewerbliche Leben. In dem Tarifvertrag der Berliner Holzindustrie ist die Bestimmung enthalten: „Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden". Ueber den Begriff „Maßregelung" entstanden nun fortgesetzt Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die schon verschiedene Schlichtungskommissionssitzungen beschäftigten und schließlich dem Einigungsamt zur Entscheidung überwiesen wurden. Das Einigungsamt fällte nun folgenden Spruch: Als Maßregelung im Sinne des Tarifvertrags gilt folgendes: 1. Wenn ein Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation entlassen wird; 2. wenn ein Arbeiter wegen Eintretens für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse entlassen wird; 3. wenn ein Arbeiter wegen seiner Tätigkeit bei der Schlichtungskommission oder im Werkstattausschuß entlassen wird; 4. wenn ein Arbeiter wegen Vorbringung einer Forderung zur strikten Einhaltung der Vertragsbedingungen entlassen wird.

Versammlungs-Kalender.

Die nächsten Versammlungen finden statt in:

Aachen I im Kölner Bierhaus, Rennbahn 2, am 9. 10.
Aachen II im Rest. z. Haus, Münsterplatz 6, am 7. 10.
Alterssen bei Böhmer, Essen, Hartestr. am 3. 10.
Augsburg beim Paritätswirt am 8. 10.
Altenwittlun am 21. 10.
Amorbach bei Emmerich am 14. 10.
Berlin im Rest. z. grünen Graben, Seydelstr. 30, am 10. 10.
Berg.-Gladbach am 8. 10.
Bielefeld im Rest. Herforderstr. 84, am 2. 10.
Baden-B. im Rest. z. Schützenhof am 9. 10.
Bochum im christlichen Gewerkschaftshaus am 1. 10.
Bonn im christlichen Gewerkschaftshaus am 3. 10.
Breslau im Rest. Schnabel, Alexanderstr. 5 am 4. 10.
Crefeld in der Reichshalle am 2. 10.
Düsseldorf im St. Paulushaus am 9. 10.
Dresden in Heldings Rest., Theaterpl., am 2. 10.
Dortmund im christlichen Gewerkschaftshaus, Lützelbruckstr. 5—7, am 8. 10.
Danzig im St. Josefshaus am 1. 10.
Darmstadt in der Brauerei „Grohe", Karlstr. 10, am 2. 10.
Elberfeld. Versammlungs- u. Verkehrslokal im Rest. Allgemeiner Bildungsverein, Luisenstr. 45, am 1. 10.
Essen im christl. Gewerkschaftshaus, Fronhauserstraße 19, am 8. 10.
Freiburg I, Schneider, im Rest. z. guten Quelle, Merianstr. 19, am 2. 10.
Freiburg II, Kolleginnen, im kath. Vereinshaus 1. 10.
Frankfurt im Rest. z. gold. Lamm, Fahrgasse 52, am 4. 10.
Gelsenkirchen am 1. 10.
Hamburg im Rest. z. Wartburg am 9. 10.
Hagen im Rest. z. deutschen Krug, Ecke Körner und Kampfstr. am 1. 10.
Hildesheim im Braunschweiger Hof am 8. 10.
Hamm bei Höttle, Nordstr., am 8. 10.
Herford im Vereinshaus am 7. 10.
Hannover am 2. 10.
Karlsruhe im Rest. Köllenberger am 3. 10.
Kaiserslautern im Rest. Licius, Stiftspl. 6, am 8. 10.
Kempten in der bl. Traube am 1. 10.
Koblenz am 8. 10.
Köln im Apostelbräu, Apostelnstraße, am 9. 10.
Köln, Sektion der Militärschneider, im Löffel am Neumarkt, am 2. 10.
Kattowitz im Glombitzschen Rest., Grundmannstr. 34 am 1. 10.
Kiel im Rest. Doppeleiche, Schwedenbrücke 6, am 8. 10.
Landshut im Moserbräu am 1. 10.
M.-Gladbach (Konfektionsschneider) im Rest. Heim, Regentenstr., am 7. 10.
M.-Gladbach (Maßschneider) bei Scheppers am Kirchplatz am 14. 10.
Mainz im Hotel Union, gr. Langgasse, am 2. 10.
Mülheim a. Rh. im Rest. Siebert am 1. 10.
Münster bei Fr. Mackenbrock, Regierstr., am 1. 10.
München im Gasthaus z. Sanktjohanser, Kreuzstr. 34, am 3. 10.
Marienburg im Hotel 3 Kronen am 1. 10.
Neukundt Ob. Schl. am 8. 10.
Offenbach a. M. im Schützenhof, Herrenstr., am 3. 10.
Paderborn in der Domschenke am 8. 10.
Passau bei Manzenberger am 6. 10.
Pforzheim im Gasthaus z. Einhorn am 8. 10
Recklinghausen bei Eickhoff, Münsterstr., am 8. 10.
Reichenhall im Rößl am 9. 10.
Stuttgart im Evangel. Handwerkerhaus, Gerberstr. 2, am 10. 10.
Steele bei Wirt Ratzmann am Markt, am 10. 10.
Viersen bei Wirt Janssen, Lindenstr. am 1. 10.
Würzburg im Gasthaus z. Stern, Domstr., am 1. 10.
Wiesbaden im Kochbrunnen, Saalgasse, am 2. 6.

Literarisches.

Das Protokoll der Verhandlungen des 6. christlichen Gewerkschaftskongreß in Breslau ist im Verlage des Generalsekretariates des Gesamtverbandes erschienen und kann von dort, oder der Geschäftsstelle des Verbandes, Köln, Moltkestr. 135 zum Preise von 30 Pfennige pro Exemplar bezogen werden. Bestellungen bitten wir recht bald und recht zahlreich aufzugeben. Das Protokoll enthält in treuester Wiedergabe nicht nur die auf dem Kongreß erstatteten Referate die eine Fülle von Anregungen geben, sondern auch die sich an die Referate anschließende Diskussion, welche ebenfalls viel des belehrenden bietet; den Bericht der Generalversammlung des Gesamtverbandes und die Beschlüsse des Kongresses. Das Protokoll darf in keiner Zahlstellenbibliothek fehlen, und soll im Besitze jedes Gewerkschaftlers sein.

Taschenbuch für evangelische Arbeiter. Im Verlage der sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland erschien ein Taschenbuch für evangelische Arbeiter für das Jahr 1907. Aus dem Inhaltsverzeichnisse sei erwähnt: Die Solidarität der christlich-nationalen Arbeiterbewegung; die evangelischen Arbeitervereine; Adressenverzeichnis der christlichen Gewerkschaften; Arbeitsvertrag und Arbeitsordnung; Ueberblick über die Arbeitsschutzgesetzgebung; Gewerbegerichte und Einigungsamt; u. a. m. Der Preis des gediegenen gebundenen Taschenbuches stellt sich auf 50 Pfg. Zur Anschaffung unseren evangelischen Kollegen dringend empfohlen. Zu beziehen durch die soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland, Berlin N. 24 Versöhnungs (Privat) Str. 1.

Die Haushaltungsschule. Herausgegeben von einer Kommission des Verbandes Arbeiterwohl. Das sehr handliche Werkchen ist besonders der weiblichen Jugend wegen seines gediegenen reichen Inhaltes und leichtverständlichen Abhandlung aufs beste zu empfehlen. Aus dem Inhalt erwähnen wir: 1. Teil Ernährungslehre, 2. Teil die Zubereitung der Speisen, 3. Teil Vom Essen, 4. Teil Reinigungs- u. Ordnungsarbeiten, 5. Teil Gesundheitspflege, 6. Teil Die Handarbeiten, 7. Teil Handarbeiten. Der Preis 40 Pfg. kann im Verhältnis zu dem gebotenen ein sehr billiger genannt werden. Zu beziehen ist das Werkchen von der Zentralstelle des Volksvereins f. d. kath. Deutschland in M. Gladbach.

Gegründet 1886.

Prämiirt: Goldene Medaille. Silberne Medaille. Ehrendiplome.

Zuschneide-Akademie von

Köln a. Rh. Hansa-Ring Nr. 22.

Wilh. Peters & Sohn

früher Roussel'sche Schule.

Lehr-Anstalt I. Ranges für alle Zweige der Bekleidungswissenschaften.

Buchführung, Kalkulation, Vorbereitung für die Meisterprüfung.

Keine Filialen! Unsere Theorien werden nur in unserer Schule in Köln rein, unverfälscht und gründlich gelehrt.

2 Deutsche Reichs- u. 6 Auslands-Patente.

Kostenlose Plazierung als Zuschneider u. Direktrice.

Lehrbücher zum Selbstunterricht. Versand von Schnittmustern.

Illustrierte Lehrpläne kostenlos.

Das Reich

Unabhängige nationale Berliner Tageszeitung für soziale Reform. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2.55 Mk., monatlich 85 Pfg., bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 72 Pfg., monatlich 24 Pfg. mehr.

Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Jobannisstr. 8.

Unserem Kollegen
Johann Hüttmann
zu seiner Verehelichung mit
Katharina Gieler
die herzlichsten Glück- u. Segenswünsche.
Zentrale Mönchengladbach.

Die in dieser [illegible] Anzeigen werden [illegible] gebeten, [illegible] sie [illegible] Arbeit [illegible], [illegible] bei diesen [illegible] Hanften, Bremsbergstraße 25, zu [illegible].

Sprechstunden: [illegible] 9—4, [illegible] 1—3, [illegible] von 1 Uhr ab.